

**Allgemeine Auftragsbedingungen**  
**der Steuerberater-GbR Michaelis, Siedhoff, Schneider**  
**Stand: 01.09.2009**

### **§ 1 Geltungsbereich**

Die Auftragsbedingungen gelten – ggf. in der laut gesonderter Vereinbarung geänderten Fassung – für den Vertrag zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer, dessen Gegenstand die Erteilung von Rat und Auskünften durch die Steuerberater-GbR Michaelis, Siedhoff, Schneider (im folgenden „Gesellschaft“) an den Auftraggeber einschließlich etwaiger Geschäftsbesorgung und Prozessführung ist (Mandatsvertrag), sowie für vertragliche und vertragsähnliche Ansprüche sonstiger Personen aus der Tätigkeit der Gesellschaft aufgrund des Mandatsvertrages, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

Der Geltungsbereich erstreckt sich auch auf alle künftigen Rechtsbeziehungen mit dem Auftraggeber.

Geschäftsbedingungen der Auftraggeber finden nur Anwendung, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

### **§ 2 Vertragspartner, Vertragsgegenstand, Leistungsumfang**

Der Auftrag wird der Gesellschaft erteilt.

Die Gesellschaft führt alle Aufträge unter Beachtung der berufsrechtlichen Gesetze sowie der sonstigen gesetzlichen Regelungen durch.

Die Gesellschaft ist berechtigt, die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben sowie die zur Verfügung gestellten Belege, Grundaufzeichnungen und dergleichen als richtig zugrunde zu legen. Die Gesellschaft ist nicht verpflichtet, Vorgänge, die bei der Gelegenheit der Tätigkeit zwar bekannt werden, aber nicht in unmittelbarer Beziehung zu den übernommenen Aufgaben stehen, auf steuerliche oder soweit zulässig, auf rechtliche Fragen und Relevanz zu überprüfen.

Die Gesellschaft verpflichtet sich jedoch, auf offen zutage liegende Widersprüche und Unrichtigkeiten - insbesondere formeller Art - hinzuweisen, soweit sie in unmittelbarer Beziehung zu den übernommenen Aufgaben stehen.

Weitergehende Verpflichtungen der Gesellschaft insoweit bedürfen gesonderter Beauftragung.

Eine Verpflichtung der Gesellschaft zur materiellen Überprüfung der ihr überlassenen Belege und Angaben, insbesondere einer übergebenen Buchführung und eines Abschlusses (Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, Einnahmen-Überschussrechnung), jeweils nebst etwaigen Anlagen, auf Richtigkeit und Vollständigkeit bedarf gesonderter Vereinbarung.

### **§ 3 Leistungsänderungen**

Die Gesellschaft ist verpflichtet, Änderungsverlangen des Auftraggebers in Bezug auf die Auftragsdurchführung Rechnung zu tragen, sofern dies im Rahmen ihrer betrieblichen Kapazitäten, insbesondere hinsichtlich des Aufwandes und der Zeitplanung zumutbar ist. Im Rahmen der konkreten Auftragsdurchführung stimmt sich die Gesellschaft mit dem Auftraggeber bezüglich der angestrebten Zielsetzung ab, wobei sie berechtigt ist, von Weisungen des Auftraggebers abzuweichen, wenn sie den Umständen nach annehmen darf, dass der Auftraggeber bei Kenntnis der Sachlage die Abweichung billigen würde.

Soweit sich die Prüfung der Änderungsmöglichkeiten oder die Realisierung der gewünschten Änderungen auf die Vertragsbedingungen auswirken, insbesondere auf den Aufwand der Gesellschaft oder den Zeitplan, vereinbaren die Parteien eine angemessene Anpassung der Vertragsbedingungen, insbesondere bezüglich Vergütung und Terminierung. Soweit nichts anderes vereinbart ist und damit für den Auftraggeber keine unmittelbaren Nachteile verbunden sind, führt die Gesellschaft in diesem Fall bis zur Vertragsanpassung ihre Tätigkeit unter Wahrung der Interessen des Auftraggebers im ursprünglichen Umfang fort.

### **§ 4 Verschwiegenheitspflicht, Korrespondenz, Datenschutz**

Die Gesellschaft ist zeitlich unbegrenzt verpflichtet, über alle Informationen oder Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Auftraggebers, die ihr im Zusammenhang mit dem Auftrag bekannt werden, Stillschweigen zu wahren. Die Weitergabe an nicht mit der Durchführung des Auftrags beschäftigte Dritte darf nur mit Einwilligung des Auftraggebers erfolgen.

Die Gesellschaft darf insbesondere bei der Korrespondenz davon ausgehen, das mitgeteilte Kommunikationsdaten zutreffend sind und bleiben.

Die Gesellschaft macht darauf aufmerksam, dass die schnelle und unkomplizierte Kommunikation über Telefax und Elektronische Medien (E-Mail) mit einem Verlust an Vertraulichkeit und Sicherheit verbunden sind. Insbesondere E-Mails können von Dritten wie eine Postkarte gelesen werden.

Die Gesellschaft ist auch befugt, bei Kenntnis einer EMail-Adresse ohne Sicherungsmaßnahmen (Verschlüsselung) dem Auftraggeber Informationen an diese E-Mail-Adresse zu übermitteln, es sei denn, aus den Umständen wäre eine Gefährdung der Interessen des Auftraggebers unmittelbar erkennbar oder der Auftraggeber widerspricht oder widerruft sein Einverständnis mit dieser Verfahrensweise oder gibt sonst eine Änderung der Kommunikationsdaten bekannt. Der Widerruf des Einverständnisses hat schriftlich zu erfolgen.

Die Gesellschaft ist befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrags die ihr anvertrauten personenbezogenen Daten des Auftraggebers unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags angestellte und freie Mitarbeiter, datenverarbeitende Unternehmen sowie im Bedarfsfalle im Einvernehmen mit dem Auftraggeber sonstige fachkundige Dritte heranzuziehen.

Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und datenverarbeitenden Unternehmen hat die Gesellschaft dafür zu sorgen, dass diese zur Verschwiegenheitspflicht in gleichem Maße wie sie verpflichtet sind.

### **§ 5 Haftung, Haftungsbeschränkung auf 1 Million Euro**

Die Gesellschaft haftet dem Auftraggeber, gleichgültig aus welchem Rechtsgrund, für die von ihren Gesellschaftern bzw. ihren Mitarbeitern vorsätzlich oder grob fahrlässig schuldhaft verursachten Schäden sowie für die von den von ihr eingeschalteten datenverarbeitenden Unternehmen schuldhaft verursachten Schäden, nicht jedoch für Verschulden eines im Einvernehmen mit dem Auftraggeber herangezogenen fachkundigen Dritten.

Die Haftung aus einer fehlerhaften Bearbeitung eines Auftrags wird für die Gesellschaft für den Fall eines durch Fahrlässigkeit verursachten Schadens auf 1 Million Euro beschränkt (§ 67a Steuerberatungsgesetz).

Die Gesellschaft hat über die gesetzliche Mindestversicherung hinaus eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen, die je Versicherungsfall mindestens 1 Million Euro abdeckt (maximal 2 Million Euro pro Versicherungsjahr). Sollte aus Sicht des Auftraggebers eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für den Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des Auftraggebers abgeschlossen werden kann.

Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte.

Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für die Haftung für schuldhaft verursachte Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

## § 6 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er der Gesellschaft unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig, richtig und so rechtzeitig zu übergeben, dass der Gesellschaft eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Diese Verpflichtungen gelten auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der (jeweiligen) Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Gesellschaft oder ihrer Erfüllungsgehilfen (Mitarbeiter und herangezogene fachkundige Dritte) beeinträchtigen könnte.

Der Auftraggeber darf Arbeitsergebnisse der Gesellschaft (zum Beispiel berufliche Äußerungen, Berichte, Gutachten, Jahresabschlüsse, Verträge und dergleichen) nur mit deren schriftlicher Einwilligung weitergeben. Das gilt nicht, wenn und soweit sich bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt. Die Gesellschaft haftet (im Rahmen von §5 der Auftragsbedingungen) einem Dritten gegenüber nur, wenn die in Satz 1 oder 2 dieses Absatzes genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

## § 7 Urheberrechtsschutz

Für die Leistungen der Gesellschaft gelten die Vorschriften über den Schutz des geistigen Eigentums. Der Auftraggeber erhält die erforderlichen Exemplare der schriftlichen Arbeitsergebnisse zur bestimmungsgemäßen (vereinbarten) Verwendung. Eine anderweitige Verwendung - insbesondere eine Weitergabe an Dritte für andere als die Auftragszwecke - bedarf der schriftlichen Einwilligung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist berechtigt, in den Räumen des Auftraggebers zur Erreichung des Vertragszwecks EDV-Programme einzusetzen. In diesem Fall ist der Auftraggeber verpflichtet, die Hinweise der Gesellschaft zur Installation und die Anweisungen in der Bedienungsanleitung zur Anwendung der Programme zu befolgen. Er ist verpflichtet, ein bestehendes Copyright Dritter zu beachten. Inhaber des Nutzungsrechtes bleibt die Gesellschaft. Der Auftraggeber ist verpflichtet, für eine ungestörte Ausübung des Nutzungsrechts an den Programmen durch die Gesellschaft zu sorgen.

Die eingesetzten Programme einschließlich angefertigter Kopien sind bei Vertragsbeendigung an die Gesellschaft herauszugeben. Gespeicherte Programme sind zuverlässig so zu löschen, dass ihre Wiederherstellung ausgeschlossen ist. Kündigt die Gesellschaft den Vertrag, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Programme für einen zu vereinbarenden Übergangszeitraum weiter zu benutzen, wenn und soweit diese Weiterbenutzung zur Vermeidung von Rechtsnachteilen zwingend erforderlich ist.

## § 8 Gebühren und Auslagen, Zahlungsbedingungen, Aufrechnung

Die Vergütung des Steuerberaters richtet sich nach der Steuerberatergebührenverordnung in der jeweils gültigen Fassung, sofern nicht im Einzelfall eine abweichende Vereinbarung (Beratungsvertrag, Honorarvereinbarung) getroffen wird. Sofern nicht anders vereinbart, hat die Gesellschaft neben der Honorarforderung Anspruch auf Ersatz der Auslagen und der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Alle Honorarforderungen werden mit Rechnungsstellung fällig und sind sofort ohne Abzüge zahlbar. Auf Honorarforderungen der Gesellschaft sind Leistungen an Erfüllung statt und erfüllungshalber ausgeschlossen. Zahlungsanweisungen, sowie Schecks und Wechsel werden nur unter Berechnung aller Einziehungs- und Diskontspesen angenommen und gelten nur dann als Erfüllung des Zahlungsanspruches, wenn der Betrag eingelöst wird und der Gesellschaft uneingeschränkt zur Verfügung steht.

Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Gesellschaft (Gebühren und Auslagen) ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## § 9 Gesamtschuldnerische Haftung bei Auftraggebermehrheit

Mehrere Auftraggeber (natürliche und/oder juristische Personen) haften dann gesamtschuldnerisch auf Zahlung der gesetzlichen oder vereinbarten Vergütung der Gesellschaft, wenn die Gesellschaft für sie in der selben Angelegenheit tätig wird.

## § 10 Kündigung

Soweit nichts anderes einzelvertraglich vereinbart ist, kann das Vertragsverhältnis von dem Auftraggeber jederzeit gekündigt werden.

Ein Kündigungsrecht steht auch der Gesellschaft zu, wobei eine Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht zur Unzeit erfolgen darf, es sei denn, das für die Bearbeitung des Auftragsverhältnisses notwendige Vertrauensverhältnis ist nachhaltig gestört.

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

## § 11 Aufbewahrung von Unterlagen

Nach §66 Steuerberatungsgesetz endet die Pflicht der Gesellschaft zur Aufbewahrung aller Unterlagen, die der Auftraggeber oder ein Dritter der Gesellschaft aus Anlass der Auftragsausführung überlassen hat, 10 Jahre nach Beendigung des Mandatsvertrages. Die Gesellschaft schuldet keine längere Aufbewahrung. Die Gesellschaft ist berechtigt, den Auftraggeber schon vor Ablauf der Frist aufzufordern, diese Unterlagen in Empfang zu nehmen. Geschieht dies nicht innerhalb von 6 Monaten nach Erhalt dieser Aufforderung, so ist die Gesellschaft nicht mehr zur Aufbewahrung verpflichtet. Werden Unterlagen verschickt, so kann dies an die zuletzt mitgeteilte Adresse geschehen. Das Versendungsrisiko trägt der Auftraggeber, es sei denn, er hat der Versendung widersprochen und sich verbindlich zu einer unverzüglichen Abholung verpflichtet.

## § 12 Sicherungsabtretung von Ansprüchen des Auftraggebers Verrechnung mit offenen Ansprüchen

Der Auftraggeber tritt alle ihm aus dem Auftragsverhältnis entstehenden Erstattungsansprüche gegen den Gegner oder die Staatskasse an die Gesellschaft in Höhe der Honorarforderung sicherungshalber ab. Die Gesellschaft wird den Erstattungsanspruch nicht einziehen, solange der Auftraggeber seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, insbesondere nicht die Zahlung verweigert oder in Zahlungsverzug gerät oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens über sein Vermögen gestellt ist.

Die Gesellschaft ist befugt, eingehende Erstattungsbeträge und sonstige dem Auftraggebern zustehende Zahlbeträge, die bei ihr eingehen, mit offenen Honorarbeträgen oder noch abzurechnenden Leistungen zu verrechnen.

## § 13 Erfüllungsort, Gerichtsstand

Sofern der Auftraggeber Kaufmann ist, wird als ausschließlicher Gerichtsstand für alle Klagen aus dem Mandatsverhältnis Arnberg und als Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus dem Mandatsverhältnis Mohnesee vereinbart.

## § 14 Sonstiges

Rechte aus dem Mandatsvertrag mit der Gesellschaft dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung abgetreten werden.

Für alle vertraglichen Beziehungen zwischen den Parteien gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Änderungen oder Ergänzungen dieser Bedingungen bedürfen der Schriftform und müssen als solche gekennzeichnet sein. Dies gilt auch für diese Regelung.

Sollte eine der vorstehenden Regelungen ganz oder teilweise unwirksam sein, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen unberührt.